



Wien, 29. März 2019

Sperrfrist: 29. März 2019, 10:30 Uhr

Pressemitteilung

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2020

Inlandsnachfrage stützt heimische Konjunktur

In der zweiten Jahreshälfte 2018 hat sich die Konjunktur im Euroraum weiter eingetrübt und ist wohl schwach ins neue Jahr gestartet. Nach einem kräftigen Wachstum zu Jahresbeginn 2018 hat auch der Aufschwung der heimischen Wirtschaft im Jahresverlauf an Kraft verloren. Gestützt von der robusten Binnennachfrage dürfte die österreichische Wirtschaft im heurigen Jahr um 1,5 % zulegen, nach 2,7 % im Vorjahr. Für nächstes Jahr wird ein Wachstum von 1,6 % erwartet. Mit knapp 2 % dürfte die Inflation moderat ausfallen, während die Arbeitslosigkeit mit einer Quote von 7 ½ % relativ hoch bleibt und nicht mehr weiter sinkt. Die beträchtlichen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten (ungeregelter Brexit, Eskalation des Handelsstreits, Entwicklung der Weltkonjunktur) stellen ein bedeutendes Abwärtsrisiko für die heimische Wirtschaft dar. Tiefgehende Strukturreformen, wie das Institut sie seit Jahren fordert, könnten das Wachstumspotenzial der Wirtschaft kräftigen und die Widerstandskraft gegenüber internationalen Konjunkturreinbrüchen erhöhen.

Die Weltwirtschaft hat in der zweiten Jahreshälfte 2018 merklich an Schwung verloren und expandierte wohl auch zu Beginn des heurigen Jahres nur verhalten. In den Industrieländern hat sich die Konjunktur auseinander entwickelt. Während das Wachstumstempo in den USA, angetrieben durch kräftige Fiskalimpulse, hoch blieb, verlangsamte sich die Konjunktur im Euroraum und in Japan. Auch in den Schwellenländern ging das Expansionstempo zurück. Im Jahresverlauf verlor der Welthandel an Schwung und stagnierte zu Jahresende. Die hohe Unsicherheit, etwa über die Ausgestaltung des Brexit und die weitere Entwicklung der handelspolitischen Konflikte, spiegelte sich in einer Verschlechterung der konjunkturrelevanten Stimmungsindikatoren wider. Dies betrifft insbesondere die Industrie, weniger die Dienstleistungen. Während die deutsche Wirtschaftsleistung in der zweiten Jahreshälfte 2018 stagnierte, expandierte die heimische Volkswirtschaft im dritten und vierten Quartal noch mit jeweils 0,4 % gegenüber dem Vorquartal laut Trend-Konjunktur-Komponente. Die Verschlechterung der Konjunkturaussichten im Euroraum trifft die exportorientierte heimische Industrie, sodass das Institut seine

Wachstumsprognose im Vergleich zur Dezember-Prognose leicht zurücknimmt. Laut aktueller Prognose sollte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2019 und 2020 um 1,5 % bzw. 1,6 % zulegen. Damit sollte die heimische Wirtschaft, nach einem deutlichen Wachstumsvorsprung im Vorjahr, heuer nur noch geringfügig rascher als die des Euroraums (1,3 %) wachsen, nächstes Jahr dürfte sich das Wachstumstempo angleichen.

Die weltwirtschaftliche Dynamik hat in der zweiten Jahreshälfte 2018 merklich an Schwung verloren, allerdings mit beträchtlichen regionalen Unterschieden. Die kräftigen finanzpolitischen Impulse trieben die US-Wirtschaft. Diese legte im dritten und vierten Quartal um 0,8 % bzw. 0,6 % gegenüber dem Vorquartal zu. Hingegen expandierte die Wirtschaft im Euroraum nur noch um 0,1 % bzw. 0,2 %. Insbesondere in Deutschland und Italien war die Wirtschaftsdynamik im zweiten Halbjahr äußerst schwach. Sonderfaktoren dürften aber wesentlich zu der schwachen Entwicklung im Euroraum beigetragen haben. So sollte der Rückgang in der Automobilproduktion, verursacht durch Probleme bei der Umsetzung neuer Standards für die Abgasmessung, nur temporärer Natur sein. Die hohen geopolitischen Unsicherheiten (Ausgestaltung des Brexit, potenzieller Handelskonflikt mit den USA) haben die Konjunkturentwicklung merklich belastet. Geht man davon aus, dass die Unsicherheiten im Prognosezeitraum geringer werden, dürfte die Konjunktur im Euroraum doch aufwärts gerichtet sein; unterstützend wirken dabei die aufgrund der geldpolitischen Ausrichtung anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und die eher expansive Fiskalpolitik. Die Wirtschaftsentwicklung in den Schwellenländern verlief im Großen und Ganzen robust, aber wenig dynamisch. Es gibt Anzeichen einer Verlangsamung des Expansionstempos in China. In den USA werden die expansiven Effekte der Steuerreform langsam auslaufen. Die stabile Entwicklung der Energiepreise sollte hingegen die Kaufkraft stärken.

Das Institut erwartet somit folgendes internationales Konjunkturbild. Nach einem Wachstum von 2,9 % im Vorjahr dürfte die US-Wirtschaft in den Jahren 2019 und 2020 um 2,4 % bzw. 1,8 % zulegen. Im Vergleich zur Dezember-Prognose musste die Einschätzung der Wachstumsaussichten für das Jahr 2019 im Euroraum deutlich zurückgenommen werden. Ausgehend von 1,8 % im Vorjahr werden nunmehr Zuwachsraten von 1,3 % bzw. 1,6 % erwartet. In den Schwellenländern dürfte das Expansionstempo verhalten bleiben. So wird sich das Wirtschaftswachstum in China voraussichtlich von 6,6 % auf 6,2 % bzw. 6,0 % verlangsamen. Die Weltwirtschaft sollte somit um 3,2 % bzw. 3,3 % expandieren, nach 3,6 % im vergangenen Jahr.

Im Vorjahr hat der private Konsum in Österreich um 1,6 % zugelegt. Die gute Arbeitsmarktlage, die kräftigen Lohnerhöhungen und der Familienbonus implizieren weiterhin deutlich steigende Realeinkommen trotz der schwächeren Konjunktur. Das

Konsumentenvertrauen hat zwar etwas nachgelassen, bleibt aber auf einem hohen Niveau. Somit wird für das heurige Jahr ein Konsumwachstum von 1,6 % erwartet. Der private Konsum bleibt eine wesentliche Konjunkturstütze. Im Jahr 2020 sollte dieses Aggregat um 1,4 % zulegen. Die Konsumprognose impliziert eine unveränderte Sparquote von 7 ¼ % im Prognosezeitraum.

Seit dem Jahr 2016 verzeichnet die österreichische Wirtschaft eine äußerst belebte Investitionskonjunktur. So sind die Bruttoanlageinvestitionen im Vorjahr um 3,3 % gewachsen. Mit der Eintrübung der internationalen Konjunkturlage wird sich wohl auch die Realkapitalbildung verlangsamen, worauf auch die nachlassenden Stimmungsindikatoren hindeuten. Allerdings sollten die weiterhin hohe Kapazitätsauslastung und die günstigen Finanzierungskonditionen die Investitionsneigung stützen. Das Institut erwartet daher eine Abschwächung des Investitionswachstums auf 1,9 % bzw. 1,6 %. Dabei dürften die Ausrüstungsinvestitionen stärker auf die internationale Konjunkturschwäche reagieren als die Bauinvestitionen. Nach 3,7 % im Vorjahr wird sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen wohl auf 1,8 % bzw. 1,5 % verlangsamen. Für die Bauinvestitionen werden Zuwachsraten von 2,0 % bzw. 1,8 % erwartet.

Im Verlauf des Vorjahres hat der Welthandel merklich an Schwung verloren und gegen Jahresende bestenfalls stagniert. Im Prognosezeitraum dürfte der Welthandel mit Raten von 2,5 % bzw. 3,0 % nur verhalten expandieren. Die Eintrübung der weltweiten Investitionskonjunktur und protektionistische Maßnahmen belasten den internationalen Handel. Das Institut geht weiterhin davon aus, dass es zu keiner Eskalation der Handelskonflikte kommt. Im Einklang mit der schwächeren Weltkonjunktur werden auch die österreichischen Exportmärkte nur wenig zulegen. Folglich sollte sich das Wachstum der heimischen Warenexporte auf 2,5 % bzw. 3,5 % abschwächen, nach 5,1 % im Vorjahr. Für die Gesamtexporte laut VGR werden Wachstumsraten von 2,4 % bzw. 3,2 % erwartet, nach 4,4 % im Vorjahr. Mit Zuwächsen von 2,4 % bzw. 3,0 % dürfte die Importnachfrage im selben Tempo zulegen. Während im Vorjahr noch ein kräftiger Wachstumsbeitrag von der Außenwirtschaft ausgegangen ist, wirkt diese im Prognosezeitraum neutral auf das Wachstum.

Die Inflation ist in den letzten Monaten gefallen, insbesondere aufgrund der rückläufigen Ölpreise. Nach 2,0 % im Jahresdurchschnitt 2018 belief sich der Preisanstieg in den ersten beiden Monaten dieses Jahres auf 1,8 % bzw. 1,5 %. Während von den Energiepreisen keine starken Impulse auf die Preisentwicklung ausgehen dürften, könnten steigende Lohnstückkosten die Preise etwas antreiben. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Inflationsrate 1,8 % betragen. Für das kommende Jahr wird eine Rate von 1,9 % erwartet. Die Prognose beruht auf der Annahme, dass von den internationalen Rohstoffmärkten keine stark preistreibenden Impulse ausgehen.

Im Zuge der Hochkonjunktur hat sich die Arbeitsmarktlage deutlich verbessert. Die Beschäftigung wurde stark ausgeweitet und die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition ist auf 7,7 % zurückgegangen. Im Prognosezeitraum sollte die Beschäftigung weiter expandieren, allerdings mit verlangsamtem Tempo. Im laufenden Jahr ist mit einer Ausweitung der Beschäftigung um 1,3 % zu rechnen, was bei weiterhin steigendem Arbeitskräfteangebot einen geringfügigen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7,5 % impliziert. Nächstes Jahr könnte die Zahl der Arbeitsplätze um 0,9 % zulegen und die Arbeitslosenquote damit unverändert bleiben. Vor dem Hintergrund des historisch hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit wären zusätzliche Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik angeraten, die auf eine Reduktion des Mis-Matches zwischen den von den Arbeitslosen angebotenen und den von den Unternehmen nachgefragten Qualifikationen abzielen. Anstrengungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sind zu begrüßen.

Gegenwärtig profitieren die öffentlichen Haushalte noch von der guten Konjunktur und den niedrigen Zinsen. Die Budgetprognose ergibt für die Jahre 2019 und 2020 jeweils einen Budgetüberschuss von 0,2 % des BIP. Aus Sicht des Instituts wären weitere Reformmaßnahmen zur Dämpfung der Ausgabendynamik notwendig. Damit könnten finanzielle Spielräume für die Steuerreform, die auf eine Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung abzielt, geschaffen werden. Die Reform würde auch Möglichkeiten für eine Optimierung der Steuerstruktur bieten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunktursituation ist es sinnvoll, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Zusätzliche Ausgaben bzw. eine nicht finanzierte Steuerreform wären aus Sicht des Instituts nicht adäquat. Jedenfalls würden tiefgehende Strukturreformen, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pensionen und Föderalismus, dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft der heimischen Wirtschaft zu stärken. Mittelfristig müssen Potenziale zur Finanzierung der Kosten der Alterung (u.a. Gesundheit und Pflege) und zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben für zukunftsorientierte, produktivitätserhöhende Bereiche wie Bildung, Digitalisierung und Forschung generiert werden.

Die Unsicherheiten sind hoch und belasten die Weltwirtschaft. Zwar deutet gegenwärtig einiges auf eine Entspannung bei den Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China hin, Strafzölle auf europäische Autos und Kfz-Zulieferteile würden die europäische Konjunktur aber merklich dämpfen. Die Konjunktur in den USA und in China hat sich etwas abgekühlt. Eine stärker als erwartete Verlangsamung in den beiden Volkswirtschaften würde die Weltkonjunktur deutlich beeinträchtigen. Auch aufgrund der angekündigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist ein Konjunktur-einbruch in den USA bzw. in China gegenwärtig allerdings wenig wahrscheinlich. Weiters geht das Institut davon aus, dass die konjunkturelle Schwäche im Euroraum

nur temporär ist. Zusätzliche negative Entwicklungen könnten allerdings die noch robuste Binnennachfrage schwächen und zu einer längerdauernden Stagnationsphase führen. Die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU bilden weiterhin das größte Konjunkturrisiko für Europa. Es ist zu beachten, dass die Möglichkeiten der Europäischen Zentralbank, einem Konjunkturabschwung entgegenzusteuern, derzeit begrenzt sind. Neben den internationalen bestehen auch heimische Konjunkturrisiken. Eine stärkere Abschwächung der Investitionstätigkeit aufgrund der ungünstigen Wirtschaftsaussichten sowie eine Verschlechterung des Konsumklimas würden die Binnennachfrage schwächen und damit das Wachstum reduzieren. Zwar dominieren gegenwärtig die Abwärtsrisiken, verbessert sich jedoch die Stimmung der privaten Haushalte und Unternehmen im Euroraum, könnte sich die Konjunktur in Österreich auch besser entwickeln als hier unterstellt. Eine durch Reformen auf der Ausgabenseite gegenfinanzierte Absenkung der Abgabenbelastung in Österreich würde die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft stärken.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt, real	2,7	1,5	1,6
Privater Konsum, real	1,6	1,6	1,4
Bruttoinvestitionen, real	3,0	1,8	1,9
Bruttoanlageninvestitionen, real	3,3	1,9	1,6
Ausrüstungsinvestitionen, real	3,7	1,8	1,5
Bauinvestitionen, real	2,8	2,0	1,8
Inlandsnachfrage, real	1,9	1,4	1,4
Exporte i. w. S., real	4,4	2,4	3,2
Waren, real (laut VGR)	5,1	2,5	3,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2,9	1,3	1,0
Importe i. w. S., real	2,8	2,4	3,0
Waren, real (laut VGR)	2,7	2,4	3,1
Reiseverkehr, real (laut VGR)	5,1	1,0	1,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,5	1,3	0,9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*	7,7	7,5	7,5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*	4,9	4,8	4,8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,2	2,6	2,3
Preisindex des BIP	1,6	2,0	1,9
Verbraucherpreisindex	2,0	1,8	1,9
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP*	-0,1	0,2	0,2
3-Monats-Euribor*	-0,3	-0,3	-0,1
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen*	0,7	0,6	0,9

*absolute Werte

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018	2019	2020
BIP, real					
Deutschland	2,2	2,2	1,4	0,9	1,6
Italien	1,1	1,6	0,9	0,3	0,8
Frankreich	1,2	2,2	1,5	1,3	1,4
Vereinigtes Königreich	1,8	1,8	1,4	0,9	1,1
Schweiz	1,6	1,6	2,5	1,2	1,7
USA	1,6	2,2	2,9	2,4	1,8
Japan	1,0	1,7	0,7	0,8	0,7
China	6,7	6,9	6,6	6,2	6,0
Polen	3,1	4,8	5,4	3,5	2,9
Slowakei	3,1	3,2	4,1	3,7	3,2
Tschechien	2,5	4,4	3,0	2,8	2,5
Ungarn	2,3	4,1	4,9	3,0	2,5
Slowenien	3,1	4,9	4,5	3,4	2,7
MOEL-5*	2,9	4,5	4,7	3,3	2,8
Bulgarien	3,9	3,8	3,1	3,2	3,0
Rumänien	4,8	7,0	4,1	3,3	3,0
Kroatien	3,5	2,9	2,6	2,6	2,5
Russland	-0,2	1,5	2,3	1,5	1,8
Euroraum	2,0	2,4	1,8	1,3	1,6
NMS-6**	3,2	4,9	4,5	3,2	2,8
EU-27***	2,1	2,6	2,0	1,5	1,7
OECD	1,8	2,5	2,4	1,9	1,8
Welt	3,3	3,7	3,6	3,2	3,3
Welthandel	1,5	4,7	3,3	2,5	3,0
Österreichische Exportmärkte	3,4	5,4	3,8	2,8	3,5
USD/EUR Wechselkurs****	1,11	1,13	1,18	1,14	1,14
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)****	45,0	54,8	71,7	65,0	65,0

*MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien **NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien ***ohne Vereinigtes Königreich ****absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

Rückfragehinweise

2019 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com